



# Der Informationsdienst der DPoIG Baden- Württemberg

Nr. 14

20. September 2014

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

\*\*\*\*\*

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

\*\*\*\*\*

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich.  
 Nachdruck honorarfrei.  
 Quellenangabe erbeten.

## Inhalt

- 01 Neue Planungen im Innenministerium**
- 02 CDU fordert bis zu 6 Beamte mehr je Polizeirevier**
- 03 Richter kritisieren Polizeireform**
- 04 Prekäre Situation beim Polizeiärztlichen Dienst in Nordbaden**
- 05 DPoIG-Kurzmeldungen**

E-Mail an das DPoIG-Team



**Hinweise und Kritik zur Polizeireform: [reformkritik@dpolg-bw.de](mailto:reformkritik@dpolg-bw.de)**

Die Polizeireform bewegt und erregt die Gemüter. Welche Erfahrungen und Feststellungen haben Sie gemacht? Was läuft nicht rund? Welche Probleme gibt es vor Ort? **Schreiben Sie uns ihre Kritik.**

Wir garantieren Ihnen einen vertraulichen Umgang und anonymisierte Verarbeitung.

## 01 Neue Planungen im Innenministerium - Perspektiven? Gerechtigkeit?

Quelle: IM BW/DPoIG BW

**Stuttgart - Der September scheint es in sich zu haben. Pressemitteilungen, Anhörungen zu Gesetzgebungsverfahren, Gespräch mit dem Innenminister, Erörterungen mit Verantwortlichen, politische Hintergrundgespräche mit Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden zeigen Perspektiven und Entwicklungen auf, die sicher nicht nur auf Freude stoßen und nicht unbedingt für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit sorgen werden.**

Nach unserer Berichterstattung zur Einsicht des Innenministeriums, dass es ein Fehler war, 500 Beförderungsstellen in A9 / A9 + Zulage zu streichen und die längst überfälligen Höhergruppierungen der Einsatzassistenten bereitzustellen, teilte das Innenministerium mit, auch im Bereich der Technik zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. 2013 wurden 6 Hubschrauber (60 Millionen Euro) für die Polizeihubschrauberstaffel bestellt. Ende 2015 sollen die ersten 2 Maschinen ausgeliefert werden. Für die komplexen und kostenintensiven Wartungsmaßnahmen werden nun für diese neuen Hubschrauber ab 2016 insgesamt 15,2 Millionen Euro, verteilt auf die Dauer der voraussichtlichen Betriebszeiten, zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus ist geplant, 4,8 Millionen Euro (2015) und 3,8 Millionen Euro (2016) für den Nachersatz bei den „Kauf“-Fahrzeugen zur Verfügung zu stellen.

### Beförderungsmöglichkeiten

Eine genaue Planung zur Umsetzung der beabsichtigten Beförderungen gibt es noch nicht; dies bestätigte der Innenminister in einem Gespräch mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand der DPoIG am 9. September. In Kenntnis der haushaltmäßigen Abwicklung eines solchen Vorhabens kann nur vermutet werden, dass die Stellen zunächst einmal „gesperrt“ und in Form von Stellenhebungen erst ab Juli 2015 umgesetzt werden können. Offen ist auch die Verteilung auf die Polizeipräsidien. Aktuell ist eine Erhebung der Verweil- und Wartezeiten als Grundlage der späteren Verteilung geplant.



Innenminister Gall mit Joachim Lautensack

Eine von der GdP vorgeschlagene Refinanzierung durch die Beamten selbst (Streichung des 10% Aufschlag bei Lebensarbeitszeitverlängerung) kommt nicht. Dies ist schon deshalb gut, weil durchaus die Möglichkeit besteht, dass Kollegen/innen zum Erhalt der Ruhegehaltsfähigkeit einige Monate die Lebensarbeitszeit verlängern müssen.

### Zweigeteilte Laufbahn stockt

Mit der Entscheidung für die Stellenhebungen nach A9 und A9+Zulage wird es eine Fortsetzung des 2013 beschlossenen (kostenneutralen) Umwandlungsprogramms über Qualifikations-Lehrgang/Maßnahme (QL/QM) nicht mehr geben. Vermutlich wird der Aufstieg in den gehobenen Dienst über den Q-Lehrgang im Rahmen freier Aufstiegsmöglichkeiten neben der Einstellung von Kommissarsanwärter und dem Regelaufstieg fortgeführt. Die zweigeteilte Laufbahn wird in dieser Legislaturperiode nicht weiter verfolgt, obwohl dies im Koalitionsvertrag beschlossen ist. Es bleibt somit bei einem „Mini-Einstieg“ in die zweigeteilte Laufbahn mit Stellenumwandlungen/-hebungen von ca. 2 % vom mittleren in den gehobenen Dienst. Die Situation im höheren

Dienst bleibt weiter unbefriedigend auf niedrigem Niveau, wobei man für die Polizei-/Kriminalräte und -oberräte von Perspektiven kaum noch reden kann.

### **Beförderungsverteilung / Tranchen**

Im Vergleich zu den vor der Reform erfolgten monatlichen Beförderungen gab es bis Oktober 2014 nur 2 Beförderungsrunden. Eine weitere Beförderungsrunde soll in der 2. Oktoberwoche kommen. Durch die neue „Ausschreibungspraxis“ können die Beförderungen vermutlich erst im November ausgesprochen werden. Politisch gewollt ist ein ca. gleicher Beförderungsumfang wie im Jahr 2013. Ob dies tatsächlich gelingen kann, hängt davon ab, ob eine 4. Beförderungsrunde bereits bis zur 2. Novemberwoche auf den Weg gebracht wird

### **Landesregierung plant Verlängerung (-smöglichkeit) der Lebensarbeitszeit auf 70 bzw. 65 im Polizeivollzug.**

Mit großer Freude werden die Kollegen/innen der Berufsfeuerwehren sich auf die Rückführung der Lebensaltersgrenze auf das 60. Lebensjahr und der damit verbundenen Ausgleichsmaßnahmen freuen. Parallel zu dieser Maßnahme wird die Möglichkeit der freiwilligen Weiterarbeit bei Verwaltungsbeamtinnen und beamteten bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres ausgedehnt, wenn die weitere Hinausschiebung des Eintritts in den Ruhestand im dienstlichen Interesse liegt.

Unmittelbar mit der Erhöhung auf das 70. Lebensjahr bei den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten soll es auch Veränderungen innerhalb der Polizei geben. Für Beamte/innen des Polizeivollzugsdienstes soll an die Stelle der Vollendung des 70. Lebensjahres die Vollendung des 65. Lebensjahres treten, wobei für die Zeit zwischen Vollendung des 63. Lebensjahres und Vollendung des 65. Lebensjahres die Hinausschiebung des Eintritts in den Ruhestand nur jahresweise und nur dann erfolgen soll, wenn die Hinausschiebung im dienstlichen Interesse liegt.

### **Arbeitszeit – Wechselschichtdienst**

Die DPoIG fordert nach wie vor eine stärkere Anerkennung der Belastungen und Anforderungen. Zu den zentralen Forderungen gehört eine sogenannte Faktorisierung der Arbeitszeit oder die Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Schichtdienstleistende auf 38,5 Stunden, wie dies schon seit Jahren für Tarifbeschäftigte im Wechselschichtdienst gilt. Direkt damit verbunden steht die Forderung, dass die Beschäftigten im Schichtdienst selbst ihr Arbeitsmodell wählen können, wie auch die Möglichkeit zur Beibehaltung des bisherigen Schichtdienstmodells. Diese Forderungen erneuerte der Geschäftsführende DPoIG-Landesvorstand im Gespräch mit Innenminister Gall, Landespolizeipräsident Klotter und Vize-LPP Moser von Filseck.



LPP Klotter mit DPoIG-Vize Kusterer

### **Tarifangelegenheiten – Umgang mit freien Stellen- bzw. Stellenanteilen**

Die Situation bei den Tarifbeschäftigten hat sich mit der Reform drastisch verschlechtert. Dramatisch stellt sich insbesondere die Situation bei den befristeten Arbeitsverhältnissen dar. Während vor der Polizeireform in den LPD'en auch kleine Stellenanteile zusammengefasst und für Einstellungen genutzt werden konnten, soll zukünftig die Anzahl der Personen auf einer Stelle strikt limitiert werden. D.h. im Grunde nach, dass bei Teilzeitbeschäftigungen unter 50% Stellen es zu ungenutzten Stellenanteilen

kommen wird. Damit geht nicht nur Arbeitskraft verloren, sondern auch die Möglichkeiten für eine befristete Beschäftigung nehmen ab. Aus Sicht der Landesfrauenbeauftragten, Marion Rothmund, eine wesentliche Verschlechterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies sei insbesondere für weibliche Tarifbeschäftigte ein absoluter Tiefschlag, so Rothmund. Die DPoIG fordert deshalb eine Änderung der Landeshaushaltsordnung um diese Fehlentwicklungen wirksam bekämpfen zu können.



Marion Rothmund und Martin Schuler

Wie Martin Schuler, Sprecher der Arbeitnehmer im Hauptpersonalrat berichtete, gibt es an der Baustelle „Dipsy“ noch keine positive Nachricht: Nach der Bereinigung im Polizeibeamtenbereich arbeitet man jetzt mit Hochdruck an der Datenbereinigung bei den Tarifstellen. Eine Prognose ist schwierig, aber bis Mitte Oktober wird man dazu wohl benötigen. Erst danach hat man überhaupt Klarheit darüber, welche und ob überhaupt Stellen zur Besetzung frei sind. Und natürlich geht man dann auch an die Ausgleichsmaßnahmen in der Verteilung der Tarifstellen. Um nach dem IBV-Verfahren keine nachträglichen sozialen Nachteile herbeizuführen, wird man nach dem Versprechen des Innenministers bei den Stellenausgleichen allerdings die Zeitschiene bedienen. Einige Polizeipräsidien haben nach der Reform zumindest rechnerisch zu viele Stellen und andere zu wenig. Auch das wird die Perspektiven der Tarifbeschäftigten maßgeblich beeinflussen.

## 02 CDU fordert bis zu 6 Beamte mehr je Polizeirevier

Quelle: Presseauswertung

**Stuttgart/Heilbronn - CDU und Gewerkschaften schlagen Alarm. Ihre Befürchtung: Die Polizeireform von Baden-Württembergs Innenminister Gall (SPD) werde einen enormen Personalmangel zur Folge haben. Laut Joachim Lautensack, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, führt die grün-rote Polizeireform dazu, dass im Zuge der Umstrukturierung Kräfte gebunden werden, die auf der Straße nicht eingesetzt werden können. "Im Land gibt es momentan mindestens 1000 Polizisten zu wenig", sagt Lautensack.**

Die CDU sieht das ähnlich. Guido Wolf, einer der beiden Bewerber für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2016, verspricht Veränderungen: "Sollte die CDU nach der Landtagswahl 2016 die Regierung bilden, werden wir Korrekturen bei der Polizeireform vornehmen." Die Reform sei "zu überdimensioniert, zu teuer und wird seit Monaten auf dem Rücken der Polizei ausgetragen", so Wolf. Probleme sieht er vor allem dort, "wo Polizeidirektionen verschiedener Regierungsbezirke in einem Präsidium zusammengefasst wurden".

**Angesichts der gestiegenen Einbruchszahlen in Baden-Württemberg fordert CDU-Fraktionschef Peter Hauk eine deutliche personelle Aufstockung der Polizeireviere. "Wir brauchen eine Streife mehr, also fünf bis sechs Polizisten pro Revier - zu den zwei Beamten, die mit der Polizeireform zusätzlich auf die Reviere kommen sollten", sagte Hauk. Mit dieser Forderung scheint sich in der CDU auch die Einsicht durchzusetzen, dass die Stellenstreichungen in der Zeit der eigenen Regierungsverantwortung falsch waren. Die DPoIG begrüßt diese Einsicht und unterstützt die Forderung nach mehr als 1000 zusätzlichen Stellen.**

Wolf und Hauk wollen sich beide dafür einsetzen, dass der freiwillige Polizeidienst wieder eingeführt wird. "Diesen wird die CDU reaktivieren, weil wir der Auffassung sind, dass ehrenamtliche freiwillige Polizisten sehr wohl Berufspolizisten entlasten können", so Wolf. Der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lautensack, begrüßte die Forderungen der CDU. In vielen Revieren kämen die Polizisten an ihre Leistungsgrenzen. Ein Freiwilliger könne zwar keinen ausgebildeten Polizisten ersetzen, aber die Beamten im Einsatz entlasten, sagte Lautensack - vor allem in den Randzeiten. Dann hätten ohnehin viele Menschen frei und könnten sich engagieren, etwa in den Abend- und Nachtstunden oder am Wochenende.

Neben den organisatorischen Veränderungen verweist Lautensack noch auf die Aufgaben, die von der Polizei neu übernommen werden müssen. "Cyberkriminalität, mehr Flüchtlinge, mehr Fußballereinsätze", nennt der Gewerkschafter als einige Stichwörter. Gerade in den Fußballstadien unterscheidet sich der Personalbedarf nicht mehr sehr, egal ob erste, zweite oder dritte Liga. Aufgrund der Altersstruktur der Beamtinnen und Beamten steht die Polizei vor großen Problemen. "Bis in zehn Jahren verlieren wir 40 Prozent des Personals in den Ruhestand", sagt Lautensack. Umgerechnet sind dies 9800 der rund 24 500 Beamten im Land, die aktuell im Dienst sind. Lautensack fordert die Wiedereinführung von Einstellungskorridoren. Noch unter der alten schwarz-gelben Landesregierung seien ab 2008 anhand dieses Korridors jährlich 800 Beamte eingestellt worden, um auf die Zahl der Ruheständler reagieren zu können.

#### DPoIG-Plakat aus 2001



Nach Einschätzung des CDU-Fraktionschefs sind rund zehn Millionen Euro im Jahr zusätzlich nötig, um die 146 Reviere personell aufzustocken. "Das muss die Regierung in einem Gesamtpaket, das die Nettonull zum Ziel hat, unterbringen", sagte Hauk mit Blick auf die Pläne von Grün-Rot, 2016 ohne neue Schulden auszukommen. "Wir laufen sonst Gefahr dahin abzudriften, dass wir die Menschen in Baden-Württemberg nicht mehr ausreichend schützen können."

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke und FDP-Innenexperte Ulrich Goll erklärten, eine personelle Aufstockung könne nur ein erster Schritt sein. "Die Polizei muss darüber hinaus wieder näher an den Bürger." Eine Folge der Polizeireform sei, dass die Anfahrtswege der Beamten zu den Tatorten größer geworden seien. FDP-Landtagsfraktionschef Hans-Ulrich Rülke weiter: "Überdies braucht die Polizei einen Dienstherrn, der ihre Arbeit nicht nur in Sonntagsreden zu würdigen weiß."

Im Südwesten war die Zahl der Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr um fast ein Drittel auf rund 11.300 Fälle gestiegen. Die CDU führt dies auch auf die Reform zurück, da hunderte Polizisten mit der Umstrukturierung befasst gewesen seien. Lange galt der Südwesten als besonders sicher. Doch nachdem sich die Einbrüche häufen, geht die Angst um - auch weil durch die Strukturreform noch nicht alles rund läuft bei der Polizei. Geht es um das eigene Hab und Gut, schrillen bei Bürgern schnell die Alarmglocken. So wie nach einer Einbruchserie in Tiefenbronn, einer 5000-Seelen-Gemeinde im Stuttgarter Speckgürtel. Theo Jost, Wirt der »Ochsen-Post«, engagierte hier im Mai kurzerhand einen privaten Wachdienst, der zunächst zur Probe durch den

Ort patrouillierte. Denn von der Polizei fühlte er sich nach zwei Einbrüchen in sein Restaurant innerhalb von zwei Wochen nicht mehr geschützt.

Das war vor der Strukturreform, die laut Innenminister Reinhold Gall (SPD) noch bis zum kommenden Jahr dafür sorgt, dass nicht alles rund läuft bei der Polizei. Eine Aussage, die beim Landeschef der DPOIG, Joachim Lautensack für Kopfschütteln sorgt. Sie sei ein »Armutszeugnis«, sagt er. Und sowieso sei die Polizeireform völlig überdimensioniert. In den Revieren kämen viele Beamte durch die Umstellung an ihre persönlichen Grenzen. »Die Polizei hat eher an Leistungsfähigkeit verloren, als gewonnen«, resümiert Lautensack.



Jost, der Wirt aus Tiefenbronn, sorgt weiterhin lieber selbst für seine Sicherheit. Der von ihm bezahlte Wachdienst habe dafür gesorgt, dass es in den vergangenen Monaten keine Einbrüche mehr in der Gemeinde gegeben habe. Er hoffe jetzt, dass der Gemeinderat dafür stimmt, einen Teil der Kosten zu übernehmen. Auf eine Reaktion der Landesregierung, sagt er, will er nicht warten.

Schon seit dem Frühjahr konzentriert sich die Diskussion um die Polizeireform stark darauf, ob deren Vorbereitung die Polizei nicht zu sehr von ihren Kernaufgaben abgelenkt habe. Das behaupten CDU und FDP, nachdem Gall eine Zunahme der Einbrüche um rund ein Drittel für 2013 verkündet hatte. Erste regional sehr unterschiedliche Trends deuten darauf hin, dass auch 2014 die Zahl der Wohnungseinbrüche steigen wird. Das besonders kritische vierte Quartal steht aber erst noch an. Wenn die hellen Tageszeiten deutlich kürzer werden, gehen Einbrecher noch lieber auf Tour.

### **Scharfe Kritik aus der polizeilichen Basis gegen die Polizeireform**

In vielen Wohngebieten häufen sich Einbrüche. Verunsicherte Menschen fragen sich, ob die Polizeipräsenz nach der Reform noch gegeben ist. Die aktuelle Polizeireform sieht ein Polizeikollege als "Einschnitt in eine gewachsene Struktur. So seien die Wege, sprich Arbeits- und Ermittlungsabläufe, mitunter länger geworden: „Manchmal sei es schon unbefriedigend, wenn eine Ermittlung nicht so gewissenhaft ausgeführt werden könne, wie es für ihn in über 40 Dienstjahren immer selbstverständlich war.

### **Heilbronner Polizeirevier fehlt es massiv an Personal**

Das Polizeirevier Heilbronn hat nach einem Zeitungsbericht zu wenig Personal für den regulären Dienst. Revierleiter Nürnberger greift deshalb zu einem drastischen Schritt und löst eine Ermittlungsgruppe auf, die seit Jahren die Drogenszene in Heilbronn bekämpft und Brennpunkte kontrolliert. Die Folge davon könnte weniger Überwachung in der Innenstadt sein, berichtet die „Heilbronner Stimme“. Dabei sollte die Polizeireform von Innenminister Reinhold Gall (SPD) mehr Polizisten auf die Straße bringen.



Ab Oktober soll die vierköpfige Fahndungs- und Ermittlungsgruppe (FEG) in Heilbronn zunächst ausgesetzt werden. Darunter könne das „Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und der Gewerbetreibenden“ leiden, heißt es in einem internen Schreiben der Heilbronner Polizei, das der Heilbronner Zeitung vorliegt. In der Stadt könnte bald wieder „kräftig gedealt“ werden, sagt ein Beamter des Heilbronner Reviers. Auch die Stadtverwaltung vermutet, dass man den Ausfall bei der Polizei nicht ausgleichen könne.

### 03 Richter kritisieren Polizeireform

Quelle: Südwestpresse

**Ulm - Bei einer SPD-Veranstaltung mit Justizminister Rainer Stichelberger gab es teilweise scharfe Kritik an der Polizeireform. Richter beklagen den personellen Notstand.**

So langsam neigt sich die zumindest witterungsmäßig nicht vorhandene Sommerpause dem Ende entgegen. Der Politbetrieb nimmt seine Arbeit wieder auf, wie SPD-Landtagsabgeordneter Martin Rivoir bei einer Veranstaltung mit seinem Parteifreund und Justizminister Rainer Stichelberger zur Jugendkriminalität im Ulmer Ratskeller



Justizminister  
Stichelberger

sagte. Eine Diskussion, die kontrovers geführt wurde und einige Unterschiede zwischen der Justiz und der Polizei aufzeigte, aber auch innerhalb der Richterschaft selbst.

Stichelberger hatte als Einführung in den Abend vor etwa 40 Gästen ein Plädoyer für verstärkte Anstrengungen in Sachen Prävention gehalten - und zwar auch von Seiten der Justiz. In diesem Zusammenhang warb Stichelberger ausdrücklich für den Aufbau eines Hauses des Jugendrechts. Die Erfahrungen in Stuttgart und in Pforzheim seien jedenfalls so gut, dass er das empfehlen könne. Freilich werde so etwas nicht vom Land verordnet. Es brauche eine örtliche Initiative, die das Projekt vorantreibt. Für die personelle Ausstattung werde dann schon das Land sorgen, sagte der Minister zu. Eben diese an sich positive Aussage sorgte für Unmut unter den zahlreich anwesenden Richtern. Unmut darüber, weil die Arbeitsbelastung beispielsweise bei den großen Strafkammern des Landgerichts enorm ist und die anfallenden Verfahren schwerer Kriminalität nur noch durch die Einrichtung so genannter Ersatzstrafkammern gestemmt werden können. Wenn schon neues Personal, so die Kritik eines Vorsitzenden Richters, dann bitte dort, wo es um die Bekämpfung von Schwerekriminalität geht.

Oder bei den Kernaufgaben der Justiz, wie ein anderer Richter sagte, der damit aber den Widerspruch des Ministers auf sich zog. Denn der sieht die Präventionsarbeit bei der Jugendkriminalität nicht als eine zusätzliche Aufgabe an, sondern als eben jene Kernaufgabe - nur in veränderter Form.

Die Jugendrichter haben derweil ein ganz anderes Problem, das sie an dem Abend denn auch gleich an den richtigen Mann gebracht haben. Namentlich an Hubertus Högerle, den Vizepräsident des Polizeipräsidiums Ulm, der etwas zögerlich sagte, dass die Polizei dem Projekt "aufgeschlossen" gegenüberstehe. Er bat aber um etwas Geduld, weil die Umsetzung der seit Jahresbeginn geltenden Polizeireform schlicht ihre Zeit brauche. Seine Kollegen jedenfalls würden gute Arbeit leisten und hätten obendrein massive Kriminalfälle gelöst.

**Die Jugendrichter kritisieren, dass seit der Umsetzung der Polizeireform die früher sehr enge Zusammenarbeit mit den Sachbearbeitern bei der Polizei nicht mehr richtig funktioniere. "Mein Eindruck ist, es wird weniger ermittelt", sagte eine Richterin: "Die Polizei liefert keine Fälle mehr." Eine Aussage, die eine für Jugendstrafsachen zuständige Staatsanwältin bestätigte: "Es gibt weniger Haft-sachen, weniger Eilsachen, und die Intensivtäter scheinen auch nicht mehr aktiv zu sein."**

**04 Prekäre Situation beim Polizeiärztlichen Dienst in Nordbaden****Quelle: Pforzheimer Zeitung/ DPoIG Nordbaden**

**Pforzheim/Karlsruhe. Seit Monaten ist die Polizeiarzt-Stelle im Präsidium Karlsruhe unbesetzt, und sie wird es bis auf weiteres auch bleiben. Wie Andreas Schanz, Sprecher des baden-württembergischen Innenministeriums, auf PZ-Nachfrage mitteilt, hat ein Bewerber kurzfristig abgesagt. Deshalb könne derzeit „keine konkrete Aussage“ getroffen werden, wann die Vakanz endet.**

Dass die personelle Lücke Auswirkungen hat, hatte Polizeipräsident Freisleben vergangene Woche im PZ-Interview bestätigt. Anträge auf Dienstunfähigkeit müssten zu anderen Polizeiärzten gesandt werden. Laut Ministeriumssprecher Schanz müssen Untersuchungen, die für eine etwaige Dienstunfähigkeit nötig sind, derzeit an einem anderen Standort des Polizeiärztlichen Diensts vorgenommen werden. Nach Freislebens Angaben werden Anträge aktuell u.a. nach Bruchsal geschickt. Dort blieben sie wegen des erhöhten Arbeitsaufkommens länger liegen.

Eine Sonderlösung soll während der Vakanz verhindern, dass gesundheitlich angeschlagene Polizisten lange auf Kuren warten müssen. Wie Andreas Schanz erläutert, muss üblicherweise vor der Genehmigung einer Vorsorge-Kur der Polizeiarzt konsultiert werden. Angesichts der angespannten Personalsituation des Polizeiärztlichen Diensts sei die Genehmigungspraxis für die Präsidien Mannheim und Karlsruhe „vorübergehend geändert“ worden. So reichten die vom jeweiligen Hausarzt festgestellten und auf einem Formblatt vermerkten gesundheitlichen Beeinträchtigungen eines Beamten aus, um eine entsprechende Therapie-Maßnahme zu bewilligen.

Anders sei das bei einer zweiten Therapie-Form, der stationären Rehabilitation. Diese werden nötig, wenn eine medikamentöse oder andere ambulante Maßnahme nicht den gewünschten Erfolg erzielt. Laut Schanz sind Polizisten vor Antritt einer stationären Reha „in der Regel“ nicht als arbeitsunfähig krankgeschrieben. Deshalb könne durch den zeitlichen Verzug „allenfalls in Ausnahmefällen“ eine Verlängerung der Krankenschreibungszeit entstehen. Bei der dritten Form der Anschluss-Heilbehandlung nach schweren Operationen oder Erkrankungen, folge die „Kur“ direkt auf den Krankenhausaufenthalt und werde von der jeweiligen Klinik initiiert. Darum sei hier „ein nennenswerter Anstieg der Krankenschreibungstage nicht möglich. Schanz ist guter Dinge, dass zumindest eine halbe der aktuell für Karlsruhe und Mannheim ausgeschriebenen 1,5 Polizeiarztstellen „demnächst“ besetzt werden kann. Die Nachbesetzungen erfolgen „temporär“ bis zur Fertigstellung des Polizeiärztlichen Dienstes in Sinsheim.



Egon Manz, Bezirksvorsitzender der DPoIG Nordbaden, begrüßt die angedachte Sonderlösung, die in ähnlicher Weise auch schon in anderen Bereichen praktiziert wird. Manz wörtlich: „Die Situation beim Polizeiärztlichen Dienst führt seit Monaten zu emotionalen Diskussionen bei den Polizeibeamten/innen in Nordbaden. Der Engpass war seit Jahren vorhersehbar. Man musste nur in seinen Kalender schauen. Ich wundere mich nicht, dass man hier auch keine Bewerber findet. Erstens ist die Bezahlung nicht wirklich lukrativ und zweitens ist die Sinsheimer Perspektive nun auch nicht wirklich attraktiv.“ Manz weist darauf hin, dass er überdies rein gar nichts von der Neuorganisation des Polizeiärztlichen Dienstes hält. Die DPoIG hatte sich stets klar gegen die Sinsheimer Lösung ausgesprochen.

Der Erste Stellvertretende Landesvorsitzende, Ralf Kusterer, habe sogar im Lenkungsausschuss zur Polizeireform u.a. Entwicklungen wie diese vorausgesagt. Manz weiter: "Man stelle sich nur einmal vor, wenn ein Polizeibeamter aus Altensteig einen Bandscheibenvorfall hat und zum Polizeiarzt muss. Dann fährt der über Nagold nach Herrenberg und von dort über A81, A8 und A6, an Stuttgart und Heilbronn vorbei, nach Sinsheim. Nicht nur, dass das über 250 Kilometer sind, ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die mehr als 3stündige Fahrt der Heilung des Bandscheibenvorfalles dienlich ist. Die Neuorganisation des Polizeiärztlichen Dienstes ist so verrückt, wie die Dimension der Polizeireform insgesamt."

Auch Eberhard Wetzel, Stellv. DPoIG Bezirksvorsitzender und amtierender Vorsitzender des Übergangspersonalrats in Offenburg kann von zahlreichen Beschwerden seiner Kollegen/innen, insbesondere aus dem Bereich der ehemaligen Landespolizeidirektion Karlsruhe, berichten: „Für meine Kollegen aus Rastatt/Baden-Baden, die früher zum Polizeiarzt nach Karlsruhe fahren, ist jetzt der Polizeiarzt in Freiburg zuständig. Abgesehen von den Fahrzeiten klagen sie über eine eingeschränkte Auswahl der Kliniken bei den Vorsorgekuren. Einige Kliniken, die bisher zur Auswahl standen, dürfen künftig nicht mehr genutzt werden; eine Begründung dafür gibt es nicht. Der jetzt zuständige Polizeiarzt bevorzugt andere Kliniken und dies, obwohl die medizinischen und präventiven Ziele in den bisherigen Kliniken bestens erreicht wurden. Dass es mit den Kliniken Kostenvereinbarungen gebe, davon weiß ich nichts. Aber es ist schon merkwürdig, dass die bisherigen Kliniken weiterhin von anderen Polizeikollegen genutzt werden dürfen. Nur eben solche, für die ein anderer Polizeiarzt zuständig ist.“



Eberhard Wetzel

## 06 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Presse

### Deutsche leisten die meisten Überstunden in der EU

In der Europäischen Union liegen die deutschen Arbeitnehmer bei der Überstundenzahl ganz vorne, so eine EU-Studie. Eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegt aber, dass die Überstunden häufig nicht mit Lohn- oder Freizeitausgleich einhergehen.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2012 liegt die vereinbarte Wochenarbeitszeit in Deutschland bei durchschnittlich 37,7 Stunden - tatsächlich arbeiten die Beschäftigten aber im Mittel 40,5 Stunden. Der zuständige EU-Sozialkommissar sagte der Zeitung "Die Welt" dazu: "In keinem Land der Eurozone gibt es einen so großen Unterschied zwischen der tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit und der tatsächlichen Wochenarbeitszeit wie in Deutschland."



Im Schnitt wird Beschäftigten in Deutschland weniger als die Hälfte ihrer Überstunden bezahlt. Das geht aus einer Studie hervor, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg vorgestellt hat. Die tarifliche oder betriebsübliche Wochenarbeitszeit bei Voll- und Teilzeitbeschäftigten lag danach bei rund 30 Stunden. Vollzeitbeschäftigte arbeiteten im Durchschnitt 38 Stunden, Teilzeitbeschäftigte 16 Stunden. Jeder der gut 38 Millionen Erwerbstätigen hat im 2. Quartal durchschnittlich 11,9 Überstunden geleistet; davon hätten die Unternehmen im Mittel aber nur fünf bezahlt oder mit Freizeit abgegolten, so die IAB-Studie. Die unbezahlten Überstunden hat das IAB erstmals berechnet.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: DPoIG

### „Scharia-Polizei“ - Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor Paralleljustiz

Mit deutlichen Worten hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, davor gewarnt, das Auftreten der so genannten Scharia-Polizei in Wuppertal auf die leichte Schulter zu nehmen: „Man darf sich nicht dadurch beruhigen lassen, dass sich die selbsternannten Scharia-Polizisten aus Wuppertal jetzt erst einmal aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Jederzeit können solche oder ähnliche Aktionen überall in Deutschland die Menschen verunsichern und unseren Rechtsstaat auf die Probe stellen“, so Wendt am 8. September 2014.

Die Reaktionen der Innenminister Thomas de Maizière (Bund, CDU) und Ralf Jäger (NRW, SPD) begrüßte der DPoIG-Vorsitzende ausdrücklich. Auch die Stellungnahme des Zentralrats der Muslime in Deutschland sei „eindeutig, konsequent und notwendig“ gewesen. Die Aktivisten der salafistischen Gruppe in Wuppertal könnten ihre Aktion aber durchaus auch als „Probelauf“ für weitere Aktionen gestartet haben, gab Wendt zu bedenken.



Rainer Wendt mit Bundesinnenminister de Maizière

„Seit etlichen Jahren sprechen wir in Deutschland über die Entwicklung einer Paralleljustiz, die das Gewaltmonopol des Staates und den Rechtsstaat insgesamt aushöhlt und an der Rechtsordnung vorbei eigene Urteile und Regelungen findet, die sich an der Scharia orientieren. Anders als bei der ‚Scharia-Polizei‘ findet dies allerdings weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, weniger gefährlich ist es nicht“, so Wendt.

---

**Ende DPoIG-ID Nr. 14/2014**